

Das neue Direktorium

Von Nikolas Busse

Die erste Reaktion der Bundeskanzlerin auf den Brexit zeigt, dass Deutschland auch in dieser Krise der EU wieder die Führung übernehmen will. Merkel wartet nicht das Brüsseler Gipfeltreffen in der nächsten Woche ab, sondern beruft am Tag zuvor ihre eigene Krisensitzung in Berlin ein. Der Kreis der Teilnehmer illustriert, auf wen sie setzt: auf Frankreich und Italien, die beiden anderen verbleibenden großen Mitgliedstaaten, sowie auf den Ratspräsidenten Tusk. Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments hat sie nicht eingeladen. Das lässt sich formal rechtfertigen, weil Fragen der Mitgliedschaft nach dem EU-Vertrag nun einmal Sache der Regierungen sind. Doch in der Protokollfrage steckt auch ein politisches Signal: In dieser schweren Stunde für Europa ist Berlin nicht an Ratschlägen aus den beiden Brüsseler Institutionen interessiert, die im Zweifel als Lösung immer nur eine Vertiefung der Integration anzubieten haben.

Merkels Runde ist außerdem eine Vorschau auf das neue Direktorium der EU: Den Platz Großbritanniens nimmt künftig Italien ein, das in Deutschland häufig übersehene und übergangene Gründungsmitglied der Union. Deutsche Kanzler haben sich immer mit Paris abgestimmt und danach oft mit London. Obwohl Großbritannien wegen der vielen Ausnahmen, die es vom EU-Vertrag genießt, faktisch nur ein halbes Mitglied der EU ist, waren die Briten immer wieder Verbündete der Deutschen am Brüsseler Verhandlungstisch. Das gilt vor allem für den EU-Haushalt und für Grundfragen der Wirtschafts- und Handelspolitik. Hier gab es immer einen gemeinsa-

men Vorrat an liberalen Überzeugungen, was vor allem dem Ausbau des Binnenmarktes zugutegekommen ist.

In einer EU ohne Großbritannien wird Deutschland der letzte große Mitgliedstaat sein, der wirklich an die Marktwirtschaft glaubt. In Frankreich und Italien spielt der Staat traditionell eine größere Rolle im Wirtschaftsleben, was einer der Gründe für die hohe öffentliche Verschuldung der beiden Länder ist. Auch geostrategisch denkt man in Rom oder Paris anders als in London und Berlin. Großbritannien war schon immer die Macht in Europa, die besonders transatlantisch ausgerichtet war; ohne ihre Nato-Mitgliedschaft wären die Briten wahrscheinlich nicht bereit zum EU-Austritt gewesen. In Deutschland gibt es viel Antiamerikanismus – trotzdem steht das Land den Briten hier näher als den Franzosen, bei denen das gaullistische Erbe parteiübergreifend nachwirkt. Paris und Rom blicken außerdem viel stärker nach Afrika und Arabien; Italien nicht zuletzt wegen der Flüchtlingskrise. Wie wenig man sich dort für Fragen mittel- und osteuropäischer Sicherheit interessiert, die in Berlin eine so große Rolle spielen, kann man aktuell an der italienischen Haltung zu den Russland-Sanktionen studieren. Kurzum: Ohne die Briten wird die EU südlicher, mediterraner.

Das bedeutet nicht, dass die Bundesregierung deutsche Interessen in Brüssel nicht mehr durchsetzen kann. Deutschland bleibt der wichtigste EU-Staat, politisch wie wirtschaftlich. Aber die Suche nach Verbündeten wird mühsamer werden, für Kompromisse werden an der einen oder anderen Stelle höhere Preise als bisher zu zahlen sein. Eine kleinere EU ist nicht unbedingt eine bessere EU.